

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Marcel Luthe (FDP)

vom 16. Januar 2018 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 19. Januar 2018)

zum Thema:

Belastung der Staatsanwaltschaft

und **Antwort** vom 02. Februar 2018 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 06. Feb. 2018)

Herrn Abgeordneten Marcel Luthe (FDP)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/13 226
vom 16. Januar 2018
über Belastung der Staatsanwaltschaft

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung: Bei den Bezeichnungen „KapJs-“, „OpJs-“, „WiJs-“, „StJs-“, „UmwJs-“, „MüJs-“ und „JuJs“-Verfahren handelt es sich um die bis 2011 verwendete Kombination früherer Geschäftsstellenbezeichnungen mit dem Registerzeichen „Js“ für Ermittlungsverfahren gegen bekannte Täter. Inzwischen werden diese Bezeichnungen nicht mehr verwendet. Die Geschäftsentwicklung lässt sich insoweit nur anhand der aktuellen Zuständigkeiten darstellen.

1) Wie viele Js-Verfahren insgesamt sind bei der Staatsanwaltschaft Berlin in den Jahren 2011 bis 2017 jährlich eingegangen?

Zu 1.: Die Eingangszahlen in Bekanntverfahren (Js-Verfahren) bei der Staatsanwaltschaft Berlin in den Jahren 2011 bis zum III. Quartal 2017 stellen sich wie folgt dar:

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	I. bis III. Quartal 2017
Eingänge	133.137	128.653*	134.466	147.050	159.486	166.192	121.460

* Aufgrund der Einführung eines neuen IT-Fachverfahrens liegen für 2012 keine gesicherten Zahlen vor.

2) Wie viele KapJs-Verfahren sind bei der Staatsanwaltschaft Berlin in den Jahren 2011 bis 2017 jährlich eingegangen?

Zu 2.: Die Eingangszahlen in Bekanntverfahren der für Kapitaldelikte zuständigen Abteilung der Staatsanwaltschaft Berlin stellen sich für die Jahre 2013 bis 2017 wie folgt dar:

	2013	2014	2015	2016	2017
Kapitaldelikte	573	449	417	355	471

3) Wie viele OpJs-Verfahren sind bei der Staatsanwaltschaft Berlin in den Jahren 2011 bis 2017 jährlich eingegangen?

Zu 3.: Die Eingangszahlen in Bekanntverfahren der für allgemeine Betäubungsmittelkriminalität zuständigen Abteilungen der Staatsanwaltschaft Berlin stellen sich für die Jahre 2013 bis 2017 wie folgt dar:

	2013	2014	2015	2016	2017
Allgemeine BtM*-Kriminalität	10.700	10.430	12.520	11.967	12.646

*Betäubungsmittel

4) Wie viele WiJs-Verfahren sind bei der Staatsanwaltschaft Berlin in den Jahren 2011 bis 2017 jährlich eingegangen?

5) Wie viele StJs-Verfahren sind bei der Staatsanwaltschaft Berlin in den Jahren 2011 bis 2017 jährlich eingegangen?

Zu 4. und 5.: Die Eingangszahlen in Bekanntverfahren der für Wirtschaftssachen zuständigen Abteilungen der Staatsanwaltschaft Berlin stellen sich für die Jahre 2013 bis 2017 wie folgt dar:

	2013	2014	2015	2016	2017
Wirtschaftsverfahren	9.831	9.148	9.732	9.988	9.955

6) Wie viele UmwJs-Verfahren sind bei der Staatsanwaltschaft Berlin in den Jahren 2011 bis 2017 jährlich eingegangen?

Zu 6.: Die Eingangszahlen in Bekanntverfahren betreffend Umweltschutzstrafsachen bei der Staatsanwaltschaft Berlin stellen sich für die Jahre 2013 bis 2017 wie folgt dar:

	2013	2014	2015	2016	2017
Umweltschutzverfahren	498	435	400	426	803

7) Wie viele MüJs-Verfahren sind bei der Staatsanwaltschaft Berlin in den Jahren 2011 bis 2017 jährlich eingegangen?

Zu 7.: Die Eingangszahlen in Bekanntverfahren betreffend Falschgeldverfahren bei der Staatsanwaltschaft Berlin stellen sich für die Jahre 2013 bis 2017 wie folgt dar:

	2013	2014	2015	2016	2017
Falschgeldverfahren	120	111	140	124	145

8) Wie viele JuJs-Verfahren sind bei der Staatsanwaltschaft Berlin in den Jahren 2011 bis 2017 jährlich eingegangen?

Zu 8.: Die Eingangszahlen in Bekanntverfahren der für allgemeine Jugendstrafsachen und Jugendschutzverfahren zuständigen Abteilungen bei der Staatsanwaltschaft Berlin stellen sich für die Jahre 2013 bis 2017 wie folgt dar:

	2013	2014	2015	2016	2017
Allgemeine Jugend- und Jugendschutzverfahren	35.590	38.759	40.456	47.734	44.468

Berlin, den 2. Februar 2018

In Vertretung

M. Gerlach
Senatsverwaltung für Justiz,
Verbraucherschutz und Antidiskriminierung